



DER NEUE PRÄSIDENT UND DIE NEUE REGIERUNG

■ ANALYSE	
Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen Von Wilfried Jilge, Leipzig	2
■ UMFRAGEN ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN	
Sonntagsfrage zum Parlament	9
Verhältnis zu Russland	10
Verhältnis zur EU	12
Die erste Auslandsreise von Präsident Viktor Janukowitsch	13
Sprachenfrage	13
■ DOKUMENTATION	
Die Ukraine nach der Präsidentenwahl	14
Entwurf eines Koalitionsvertrages	14
Antrittsrede von Präsident Viktor Janukowitsch am 25.2.2010	15
Erklärung José Manuel Durão Barrosos zum Treffen mit Viktor Janukowitsch	16
Sitzungsprotokoll der Parlamentssitzung vom 3.3.2010	17
Sitzverteilung im Parlament vor der Regierungsbildung	18
Umfragen zur neuen Koalition	18
Zusammensetzung der neuen Regierung	19
Chronik: Das Ende der Regierung Timoschenko	20
■ CHRONIK	
Vom 24. Februar bis zum 16. März 2010	21
■ LESEHINWEIS	
Investitionsführer Ukraine 2010. Steuern und Recht	23
Abstract eines Artikels aus OSTEUROPA 1/2010	23

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Zur außenpolitischen Orientierung des neuen ukrainischen Präsidenten und der Partei der Regionen

Von Wilfried Jilge, Leipzig

Einleitung

Unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten reiste Viktor Janukowitsch zur EU-Kommission nach Brüssel, wo er seinen ersten Antrittsbesuch im Ausland absolvierte. Der früher häufig als prorussisch eingestufte Janukowitsch, für den 2004 die Präsidentenwahlen gefälscht wurden, gab sich in der Pressekonferenz mit José Manuel Barroso ausgesprochen proeuropäisch: Für die Ukraine werde, so Janukowitsch, die europäische Integration ebenso wie die Realisierung systematischer sozioökonomischer Reformen Priorität haben. Experten haben bereits im Wahlkampf darauf hingewiesen, dass der neue Präsident einen auf die Integration der Ukraine in die Strukturen der EU zielenden Kurs – wenn auch vorsichtiger als sein Vorgänger – fortsetzen könnte. Hatte die westliche Berichterstattung Janukowitsch früher meist als moskauhörigen Kandidaten eingestuft (was in dieser Eindeutigkeit schon 2004 nicht ganz richtig war), werden er und seine Rivalin Julia Timoschenko heute immer häufiger als gleichermaßen »prorussisch« wie »proeuropäisch« eingeschätzt. Dies ist keineswegs ausgeschlossen: Bei der Bewältigung der die Ukraine heftig treffenden Finanzkrise ist die Ukraine nicht nur auf Hilfe aus Moskau, sondern auch aus der EU dringend angewiesen. Darüber hinaus gilt der von Janukowitsch vorgeschlagene neue Außenminister Kostjantin Hrischtschenko als erfahrener und kompromissbereiter Diplomat, der bereits unter Präsident Juschtschenko ukrainischer Botschafter in Moskau war und nicht für eine einseitige Kehrtwende in der Außenpolitik zu stehen scheint. Mit Blick auf den vergangenen Wahlkampf, die ambivalenten Aussagen des Präsidenten zur Außenpolitik, die ersten politischen Schritte der neuen »blauen« Führung im Rahmen der Koalitionsbildung sowie der komplizierten Machtkonstellation innerhalb der vor allem im russophonen Süden und Osten basierten Partei der Regionen sind jedoch Zweifel am seit einiger Zeit nach außen gepflegten europäischen Image des neuen Präsidenten und seiner Partei der Regionen (PR) angebracht.

Ambivalenz als Hauptmerkmal: Wahlkampf und Koalitionsbildung der Partei der Regionen

Der Wahlkampf der PR und ihres Kandidaten wurde in unterschiedlichen Regionen mit teilweise sich gegenseitig ausschließenden Aussagen geführt. Erleichtert wurde dies durch die regionale Fragmentierung der ukrainischen Medienlandschaft und die Diskursführerschaft der PR, die auf ihrer bis heute weitgehend unangefochtenen Monopolstellung in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und regionalen Medien beruht. In den zentralukrainischen Regionen präsentierte sich Janukowitsch als staatstragender Einiger von Ost und West in seiner »Heimat Ukraine« und Wahrer der Souveränität des Landes. Die sensiblen Themen einer künftigen außenpolitischen Orientierung der Ukraine wurden von sozialpopulistischen Losungen in den Hintergrund gedrängt. In zentralen Medien und im offiziellen Programm des Kandidaten präsentierte sich Janukowitsch als stabilisierende Brücke zwischen Russland und der EU, wobei den »freundschaftlichen Beziehungen« zu Russland Priorität

eingeräumt wurde. Diese Priorität wurde nicht auf den Marktplätzen, sondern weniger öffentlichkeitswirksam in ausgewählten Printmedien in bedeutsamen Nebensätzen konkretisiert: In der politischen Wochenzeitung *Dzerkalo Tishnja* hat sich Janukowitsch gegen die von seiner Rivalin und Präsident Juschtschenko im März 2009 unterzeichnete »Brüsseler Deklaration« zwischen der Ukraine und der EU ausgesprochen, die die Modernisierung des ukrainischen Systems der Erdgastransitpipelines und die Ausweitung der Regeln des EU-Gasmarktes auf die Ukraine vorsieht. Solche bilateralen Schritte mit der EU müssten, so Janukowitsch, grundsätzlich vorher mit Moskau abgeklärt werden, das die »Deklaration« scharf kritisiert hatte.

Im Kontrast zum pragmatischen Wahlkampf in der Zentralukraine stand der Wahlkampf in den Hochburgen des ostukrainischen Donbass und auf der Krim. Mit einer bisweilen aggressiv-antiwestlich konnotierten und ukrainophob eingefärbten panslawischen Rhetorik wurden Teile der eher prorussisch gestimmten Stammwählerschaft der PR für den Wahlgang mobilisiert: In von prominenten Parteiführern geleiteten Netz-

werken und Wahlinitiativen, aber auch auf der Basis der ukrainisch-russischen »Donbasser Landsmannschaften« wurde beispielsweise die Rückführung der »wahren«, weil mit Russland unzertrennlich verbundenen »Großen Ukraine« (manchmal unter Ausschluss des vermeintlich nationalistischen Galiziens!) in den ostslawisch-orthodoxen Orbit der ukrainischen, belarussischen und russischen Brudervölker propagiert. Dies wurde mit außenpolitischen Forderungen verknüpft, die mit der vertieften wirtschaftlichen und politischen Integration in europäische Strukturen kaum vereinbar sind (z. B. Integration der Ukraine in den Einheitlichen Wirtschaftsraum [EWR] mit Russland, Belarus und Kasachstan).

Neu-alte autoritäre Tendenzen?

Voraussetzung für eine dauerhafte Grundlage des Zusammenhalts der zwar nicht – wie häufig behauptet – gespaltenen, aber makroregional fragmentierten Ukraine, ist die Demokratie und die ihr innewohnende Fähigkeit zum Kompromiss. Außerdem ist die Wahrung der demokratischen Errungenschaften von 2004 eine wichtige Grundlage der europäisch-ukrainischen Beziehungen und damit Voraussetzung für die Realisierung der angestrebten »europäischen Integration«. Um die von Janukowitsch im Wahlkampf und auf seinen ersten Auslandsbesuchen als Präsident eingeforderte (und gegen das »orange« Chaos der letzten Jahre bewusst abgehobene) politische Stabilität gewährleisten zu können, ist das Vertrauen weiter Teile der Gesellschaft in die neue politische Führung notwendig. Voraussetzung dafür sind die demokratische Legitimität der Regierung und die Einhaltung der grundlegenden, nach den Präsidentenwahlen 2004 vereinbarten Spielregeln. Sie schaffen nicht nur Vertrauen, sondern sichern halbwegs das Machtgleichgewicht und damit den Pluralismus im Land, solange die demokratischen Institutionen nur schlecht funktionieren. Dies gilt besonders nach dem knappen Wahlergebnis, das dem Wahlsieger Mehrheiten in nur 10 von 27 Regionen und Städten und insgesamt nicht einmal 50 % der Stimmen bescherte.

Zweifel am Bild des »gewandelten Janukowitsch« sind durchaus angebracht: Im Frühjahr 2007 versuchten er und seine Partei durch den »Kauf« von Abgeordneten eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erlangen, um die Verfassung zu eigenen Gunsten zu verändern und Machtwechsel durch Wahlen erheblich zu erschweren. Die bis heute strikt von der Parteiführung aufrechterhaltene Weigerung, die Tatsache der von der OSZE

gut belegten Wahlfälschung von 2004 anzuerkennen und die beharrliche Deutung der »Orangen Revolution« als Revolutionsimport aus dem Westen tragen kaum zur Schaffung eines Mindestmaßes an Vertrauen bei, das über die eigenen Wählerhochburgen hinausreicht. Statt sich um diese pragmatischen Bevölkerungsteile und damit die Einigung der Nation zu bemühen, hat Janukowitsch bei seinem jüngsten Moskau-Besuch die Zusammenarbeit zwischen den Gewalten in Russland und damit die »Stabilität« in Putins gelenkter Demokratie ausdrücklich gelobt.

Im Widerspruch zur versprochenen »Stärkung der Demokratie« stehen die ersten wichtigen politischen Schritte des Wahlsiegers und seiner Partei im Rahmen der Koalitionsbildung. Am 11. März wählte das ukrainische Parlament den langjährigen Vertrauten Janukowitschs und Leiter seiner Wahlkampagne Mikola Asarow zum neuen Ministerpräsidenten der Ukraine und bestätigte die neuen Minister. Die Koalition wird von der Partei der Regionen, dem Block Litwin (BL) und der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) sowie einzelnen Abgeordneten der Fraktionen des Blocks Julia Timoschenko (BJuT) und Unsere Ukraine-Nationale Selbstverteidigung (NUNS) gebildet. Nachdem die PR die ehemals zum »orange« Bündnis zählende Fraktion Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung nicht als Ganzes für eine Koalition gewinnen konnte oder nicht mehr gewinnen wollte, war die Bildung einer neuen Koalition und Regierung auf der Basis des 2007 gewählten Parlaments nur durch eine Änderung des Gesetzes zur Geschäftsordnung des Parlaments möglich geworden. Dieser Änderung stimmte die neue Mehrheit bereits am 9. März zu. Laut Gesetzesänderung kann die Koalition nun nicht mehr – wie bisher – ausschließlich *en bloc* von den Fraktionen, sondern auch mit Hilfe einzelner Abgeordneter gebildet werden. Während der Präsident das Gesetz bereits unterschrieben hat, ist die Mehrheit der ukrainischen Experten aus guten Gründen der Überzeugung, dass dieses Gesetz gegen die Verfassung von 2004 und gegen die Schlussfolgerungen des Verfassungsgerichts der Ukraine aus dem Jahre 2008 verstößt. Die Stellungnahme des Gerichts erfolgte 2008, um die Usurpation der Macht durch Korruption und Stimmenkauf einzelner, die Fraktionen wechselnder Abgeordneter auszuschließen. Fragwürdig ist auch die von der PR ins Parlament eingebrachte und von der neuen Mehrheit beschlossene Aufschiebung der ursprünglich für Mai angesetzten Kommunalwahlen, ohne einen zeitnahen Ersatztermin zu nennen. Nach ersten Umfragen zeichnet sich ab, dass eine solche Art der Regierungsbildung in weiten Teilen der Bevölke-

rung auf Ablehnung stößt. Statt Stabilität durch Vertrauen zu schaffen, wird der Opposition die Rechtfertigung für eine Fortsetzung der bisher von der PR im Parlament betriebenen Politik der Obstruktion geliefert.

Auch die Zusammensetzung der neugebildeten Regierung enthält kein politisches Angebot an die Bevölkerung der westlichen und zentralukrainischen, d. h. politisch überwiegend »oranjen« Regionen. Die Regierung ist eine Mischung der Repräsentanten des autoritären späten Kutschma-Regimes, PR-naher Oligarchen sowie den von der Kommunistischen Partei und dem Block Litwin unterstützten Kandidaten. Die Regionen sind einseitig vertreten: Allein 13 von 27 Regierungsmitgliedern kommen aus den Gebieten Donezk und Luhansk oder sind Russen, die in Donezk ihre politische Karriere gemacht haben. Ministerpräsident wurde der prorussische enge Vertraute Viktor Janukowitschs, Mikola Asarow, der in den Augen vieler Ukrainer wie kein anderer das autoritäre Kutschma-Regime verkörpert: Als Chef der Steuerverwaltung (1996–2002), später als Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in den Regierungen Janukowitsch (2002–2005 und 2006–2007) stand er für den repressiven Einsatz der Steuer- und Finanzpolitik zur Ausschaltung unliebsamer politischer Konkurrenten und der steuerlichen Bedrückung kleiner und mittlerer Unternehmen. In den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Armee, deren grundlegende Reformen die PR im Wahlkampf versprochen hat, sind nun der Öffentlichkeit unbekannt Personen mit einer fragwürdigen Vergangenheit und offenkundig mangelnder Fachkompetenz zuständig: Wirtschaftsminister wurde der ehemalige Sozialist Wasil Zuschko, der in der Regierungskrise 2007 die Generalstaatsanwaltschaft stürmen ließ, sich dem folgenden (pünktlich zur Koalitionsbildung wieder eingestellten) Strafverfahren durch Untertauchen in Russland entzog und noch nie durch Kompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen aufgefallen ist. Ob er die von der PR versprochenen und tatsächlich dringend benötigten Reformen zugunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen durchführen kann, ist höchst fraglich. Als eine Provokation muss man die Berufung des ersten Leiters der Kutschma-Administration (1994–1996), Dmitro Tabatschnik, zum Bildungsminister werten: Tabatschnik ist einer der *spiritus rectores* der vor allem im Osten und Süden des Landes inszenierten, die sprachkulturelle Wirklichkeit des Landes grotesk verzerrenden »Rettung der Großen Ukraine« vor der vom »oranjen Totalitarismus« betriebenen Unterdrückung der russischen Kultur der Ukraine. Seine Einsetzung als Minister in dem für sprachkulturelle Fra-

gen sensiblen Bildungsbereich entwertet aus Sicht vieler Westukrainer das von Janukowitsch vor wenigen Tagen am Grab des Nationaldichters Taras Schewtschenko abgegebene Versprechen, das Ukrainische solle einzige Staatssprache bleiben.

Ambivalente Europapolitik: Zwischen Freihandelsabkommen mit der EU und »Einheitlichem Wirtschaftsraum«

Bei seinem Besuch in Brüssel verband Viktor Janukowitsch die Aufrechterhaltung des Zieles der europäischen Integration ausdrücklich mit dem Abschluss eines EU-Freihandelsabkommens sowie der Assoziierung der Ukraine an die EU. Beide Ziele sind vor dem Hintergrund der krisengeschüttelten ukrainischen Wirtschaft äußerst ehrgeizig. Sie tragen mittelfristig zur Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft bei und stärken die Souveränität der Ukraine, sind aber kurzfristig auch mit Lasten verbunden. Darüber hinaus ist der Beitritt zur Freihandelszone (wie auch die Assoziierung) absolut unvereinbar mit der Mitgliedschaft in den von Russland dominierten Integrationsprojekten des Einheitlichen Wirtschaftsraumes und der seit Januar dieses Jahres wirksamen Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan. Die Umsetzung dieser Vorhaben erfordert daher einen klaren politischen Willen. Ob es diesen gibt, ist zweifelhaft: Im Wahlkampf hat die PR in ihren demographisch starken Hochburgen im Osten, von deren Unterstützung ihre knappe Mehrheitsfähigkeit abhängt, häufig das genaue Gegenteil verkündet. Zugleich unternimmt sie bisher keine politischen und personellen Anstrengungen, um einen Verlust an Stammwählern künftig in anderen Regionen des Zentrums nachhaltig zu kompensieren. Im Gegenteil: Ministerpräsident Asarow, der als unangefochtener Regierungschef gilt, ist ein überzeugter Verfechter des Beitritts der Ukraine zum EWR.

Ambivalent ist in dieser Frage die Haltung des Präsidenten: Er hat sich während des Wahlkampfes zum EWR kaum geäußert. Im Rahmen des in den östlichen Hochburgen panostslawisch eingefärbten Wahlkampfes wurde die Wiederbelebung des EWR von regionalen Parteiführern jedoch lautstark eingefordert. Noch Ende 2008 hatte Janukowitsch auf dem Parteikongress der Kremlpartei Einiges Russland, zu der die PR vertragliche Beziehungen unterhält, erklärt, dass man zu der alternativlosen Idee der Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums zurückkehren müsse. In diesem Sinne tritt das Programm der PR zur »Strategie der ökonomischen Entwicklung der Ukraine« für eine »Fort-

führung [...] der Bildung und Stärkung des Einheitlichen Wirtschaftsraumes (EWR) als kardinaler wichtiger Richtung der [...] Gewährung der nationalen Sicherheit der Ukraine ein.« Das Papier ist Ausdruck der mehrdeutigen und widersprüchlichen Wahlkampfführung im Bereich der Außenpolitik: Es gilt zwar als »Projekt« aus dem Jahr 2005, wurde aber während des ganzen Wahlkampfes und wird auch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten gut sichtbar auf der Homepage der PR platziert und so implizit als offizielles Wirtschaftsprogramm präsentiert. Die Widersprüche bleiben auch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten bestehen: Während Janukowitsch in Brüssel für die Assoziation der Ukraine und ihre Integration in die Freihandelszone mit der EU eintrat, betonte er in Moskau das Interesse der Ukraine an der Zollunion und die unveränderte Aktualität des EWR für die Ukraine. Voraussetzung für den Beitritt sei allerdings, dass die Partner Russland, Belarus und Kasachstan der WTO beitreten, der die Ukraine bereits angehört. Die bisherigen proeuropäischen Äußerungen des Präsidenten sollten daher nicht überschätzt werden. Sie sind auch Teil des Versuchs, divergierende Interessen innerhalb der Partei der Regionen zu moderieren. Zugleich dient die ambivalente außenpolitische Rhetorik als Kompensation für widersprüchliche Erwartungen, die die PR und ihr Kandidat in unterschiedlichen Regionen geweckt haben.

Kein einheitlicher Vektor: Die PR-nahen Oligarchen und die neue präsidentiale Führung

Der Eindruck der Widersprüchlichkeit in der Außen- und Europapolitik wird durch die Tatsache verstärkt, dass die PR kein monolithischer und zentralisierter politischer Block mehr ist, wie dies vielleicht noch zu Beginn ihrer Existenz der Fall war. Die 2001 gegründete Partei, die ihre Wählerbasis in den industriellen Regionen des Ostens (Donbass) und im Süden des Landes hat, etablierte sich zügig als »regionale Partei der Macht« und entwickelte sich laut Kerstin Zimmer zu einer Art »Zwangsverband« für regionale Akteure (Wirtschaftsakteure, Bürokraten, Beamte der regionalen Staatsverwaltung, Belegschaften regionaler Betriebe). Bis heute wird die Partei von Wirtschaftsakteuren aus dem stark industrialisierten Osten dominiert. Ein erheblicher Teil der Abgeordneten der Parlamentsfraktion der PR stammt aus der Donezker Wirtschaftselite. Von besonderer Bedeutung sind mindestens drei Konglomerate von Oligarchen und ihren Anhängern, die die Partei und ihre Wahlkämpfe nicht nur finanzieren, sondern auch erheblichen Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik ausüben. In der

PR-Fraktion sind sie zusammen mit anderen Gruppierungen (z. B. die Asarow-Leute) als informelle Gruppen organisiert, deren Führer alle wichtigen Entscheidungen der Partei untereinander abstimmen.

Als wichtigste Gruppe gilt bisher die Achmetow-Gruppe. Der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, ist Hauptsponsor der PR. Eine wichtige Grundlage seines vielfältigen Geschäftsimperiums ist die metallurgische Industrie. Mit Ausnahme einiger, eher konservativ gestimmter »Roter Direktoren« wird die Mehrheit dieser Gruppe von »Globalisten« geführt, die starke Interessen am Exportgeschäft haben. Die »neuen Ukrainer« um Rinat Achmetow haben ihr Kapital in den stürmischen 1990er Jahren unter bisweilen dubiosen Umständen angehäuft und wollen nun nach internationalen Regeln spielen, um ihr Kapital zu investieren und »dunkle Flecken« der Vergangenheit vergessen zu machen. Engster Vertrauter von Rinat Achmetow ist der mehrfach wiedergewählte Vorsitzende der Donezker Parteiorganisation der PR, Boris Kolesnikow. Beide gehörten bisher (zusammen mit der mittlerweile ins Lager des Präsidenten Juschtschenko gewechselten Raisa Bohatirjowa) zum pragmatischen Flügel der PR, der für Kompromisse mit Präsident Juschtschenko eintrat und zeitweise eine »Große Koalition« mit dem Block Timoschenko befürwortete. Von den wichtigen Oligarchen- und Machtgruppen in und um die PR wahrt die Achmetow-Gruppe bisher am meisten Distanz zu Moskau.

Im Kontrast dazu repräsentiert die Firtasch-Gruppe um den u. a. im Energie- und Mediensektor einflussreichen Oligarchen Dmitro Firtasch die ukrainische Gaslobby und ist eher an Moskau orientiert, was zwischenzeitliche Konflikte mit dem russischen Gasprom-Konzern keineswegs ausschließt. Ihre Repräsentanten tragen häufig schwere Konflikte mit den Vertretern der Achmetow-Gruppe aus. Enger Partner von Dmitro Firtasch ist Jurij Bojko. In der Regierung Asarow bekleidet er das Amt des Energieministers, das er bereits in der zweiten Regierung Janukowitsch 2006–2007 innehatte. Schon zwischen 2002 und 2005 war Bojko Vorsitzender der Konzernleitung des ukrainischen staatlichen Gaskonzerns Naftohas und zugleich Erster Stellvertreter Energieminister in der ersten Regierung Janukowitsch. Er galt in den ukrainischen Medien als wichtigster Lobbyist des russischen Staatskonzerns Gasprom in der Ukraine und trat als Vermittler der Anteilseigner des intransparenten und korruptionsanfälligen Gaszwischenhändlers RosUkrEnergo (RUE) auf. RUE kontrollierte zwischen 2006 und 2008 den gesamten Gasimport in die Ukraine, bis die Struktur ab 2008 von Ministerpräsidentin Timoschenko (mit Unterstützung

Putins) allmählich aus dem Gashandel verdrängt wurde. An RUE waren Dmitro Firtasch mit 45 %, sein Partner Ivan Fursin mit 5 % und der russische Staatskonzern Gazprom mit 50 % beteiligt.

Die dritte einflussreiche Oligarchengruppe sind die Energiebarone um die Gebrüder Andrij und Serhij Kljufew. Sie sind durch den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten für Energie, Andrij Kljufew, in der Regierung Asarow vertreten. Ihr Haupttätigkeitsfeld ist der ukrainische Strommarkt. Sie unterhalten freundschaftliche Kontakte zu Julia Timoschenko und sollen auch dem Achmetow-Flügel nahestehen. Gleichzeitig stehen sie in einem Dauerkonflikt mit ihrem Hauptkonkurrenten, der Firtasch-Gruppe. Die gleichzeitige Präsenz dieser Oligarchen-Gruppen birgt erhebliches Konfliktpotenzial für die Regierung Asarow, auch wenn die Kompetenzbereiche ihrer Repräsentanten in der Regierung aufgeteilt wurden: Kljufew ist demnach für die Atomenergie, Bojko für den Gassektor zuständig.

Schließlich muss noch die Gruppe um die einflussreichen Altdonezker Parteibürokraten um Mikola Asarow erwähnt werden. Zu dieser Gruppe gehört auch eine Reihe, teils mit der Rüstungslobby verbundener »Roter Direktoren«, die an einer durchgreifenden, in Kooperation mit der EU betriebenen Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft eher geringes Interesse haben. Leute wie Asarow verfolgen keine weitreichenden persönlichen geschäftlichen Ambitionen und orientieren sich ausschließlich an Viktor Janukowitsch. Zwischen diesen älteren postsowjetischen Apparatschiks und einstigen Mitbegründern der PR einerseits und den jüngeren »Globalisten« um Rinat Achmetow andererseits bestehen erhebliche weltanschauliche Differenzen.

Der Einfluss der Oligarchen-Gruppen auf die Europa- und Außenpolitik

Diejenigen Kommentatoren, die zwischen der Außenpolitik der Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch und Timoschenko nur geringe Unterschiede ausmachen, führen als Beleg häufig die Oligarchen an: Diese setzten aus wirtschaftlichen Gründen eher auf den Westen als auf Russland und stünden mittlerweile fest auf der Grundlage der ukrainischen Unabhängigkeit, da sie nicht mehr von Moskau gegängelt werden wollten. Und tatsächlich haben bedeutende exportorientierte Oligarchen wie Achmetow ein starkes Interesse an einer Freihandelszone mit der EU, über die derzeit verhandelt wird. Es wird jedoch oft übersehen, dass der dominierende Einfluss der Achmetow-Gruppe keineswegs selbstverständlich ist und mit den anderen Machtgruppen heftig konkurriert.

Die Besetzung der Schlüsselposten der Präsidentialadministration und die Zusammensetzung der Regierung Asarow zeigen, dass der neue Präsident den Einfluss Achmetows eher zurückdrängen und sich möglicherweise der Abhängigkeit von ihm entziehen will. Einziger dezidierter Vertreter Achmetows in der Regierung ist der Stellvertretende Ministerpräsident Boris Kolesnikow. Sein Aufgabenbereich umfasst vor allem die Organisation der Fußball-EM 2012. Auf diesem Feld kann er sich zweifelsohne als populärer wie effektiver Manager ins Spiel bringen und sich so politisch profilieren; mit Kompetenzen auf den Feldern der wichtigsten industriellen Interessen Achmetows ist die Funktion jedoch nicht verbunden. In den bedeutenden Positionen der Präsidentialadministration zählt nur die Erste Stellvertretende Leiterin, Irina Akimowa, zur Achmetow-Gruppe. Die wichtigste ökonomische Beraterin Achmetows wird für wirtschaftliche Reformen verantwortlich sein. Sie muss daher möglicherweise auch notwendige, aber höchst unpopuläre soziale Einschnitte öffentlich vertreten, was seiner Position innerhalb der PR schaden könnte.

Von den drei wichtigsten Oligarchen-Gruppen ist die Firtasch-Gruppe in der Regierung und der Präsidentialadministration am stärksten repräsentiert. Neben der Ernennung Jurij Bojkos zum Energieminister sind die Ernennung des engen Gefährten Jurij Bojkos, Serhij Ljowotschkin, zum Leiter der Präsidentialadministration sowie weitere Ernennungen aus den Reihen der Firtasch-Gruppe von Bedeutung. Mit der Ernennung des Firtasch-Mannes Walerij Choroschkowskij zum Chef des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) hat diese Gruppe auch ein bedeutendes Machtinstrument in der Innenpolitik.

Ukrainische Experten gehen davon aus, dass Dmitro Firtasch und seine Partner im System von RUE wieder führende Positionen im ukrainischen Gasliefergeschäft einnehmen werden und die Restituierung intransparenter Zwischenhändlerstrukturen nicht ausgeschlossen ist. Die Revision der Gerichtsurteile, die die Lieferstrukturen um RUE betrafen, hat bereits begonnen. Wenn die neue Regierung eine nachhaltige Integration des ukrainischen in den europäischen Energiemarkt und damit ein Schlüsselfeld der »europäischen Integration« weiterverfolgen will, muss sie eine Restituierung intransparenter Zwischenhändler verhindern. Ihre Beseitigung gilt als Voraussetzung für eine Vertiefung des ukrainisch-europäischen Energiedialogs. Bezüglich der Fortsetzung einer europäischen Modernisierung des ukrainischen Energiemarktes sind die Signale von PR und Präsident Janukowitsch bisher widersprüchlich:

Auf Anweisung von Präsident Janukowitsch soll Jurij Bojko die Verhandlungen der Ukraine mit Russland im Gassektor vorbereiten, um möglichst schnell billigere Gaspreise für die Ukraine auszuhandeln. Dies ist zwar im kurzfristigen Interesse der ostukrainischen Industrien, dient aber erfahrungsgemäß weder der Effizienzsteigerung noch der Eindämmung der Korruption im ukrainischen Energiesektor. Zudem gehen ukrainische Experten davon aus, dass Russland auch einer »blauen Regierung« Zugeständnisse im Sinne eines (vorübergehend) niedrigeren Gaspreises nur noch gegen außerordentliche energiepolitische oder sicherheitspolitische Gegenleistungen (z. B. niedrige Gaspreise gegen großzügige Verlängerung der Präsenz der Schwarzmeerflotte) machen wird.

Die in der PR einflussreichen Altdonezker Apparatschiks um Mikola Asarow können nicht als Oligarchen bezeichnet werden, stehen aber ebenfalls im Zusammenhang mit strategisch wichtigen außenwirtschaftlichen Interessen. Der prorussische Ministerpräsident Asarow, der für seine schwierigen Beziehungen zu Rinat Achmetow bekannt ist, unterhält enge Beziehungen zum militärisch-industriellen Komplex und sucht hier die Zusammenarbeit mit Russland. Die enge Zusammenarbeit der ukrainischen und russischen Rüstungsindustrie war neben der Ablehnung der NATO eine der zentralen außenpolitischen Wahlkampforderungen einflussreicher prorussischer Führungskreise der PR in Donezk und Luhansk.

Insgesamt sind die außenpolitischen Vektoren der PR-nahen Oligarchen und Machtgruppen also uneinheitlich. Durch ihre gleichzeitige Präsenz in Regierung und Präsidialadministration sind heftige innere Konflikte vorprogrammiert, die den außenpolitischen Spielraum des neuen Präsidenten erheblich einschränken können. Doch selbst wenn die am meisten »europäisch« gestimmte Gruppe um Achmetow eindeutig dominieren würde, wäre dies noch nicht zwangsläufig ein Indiz für eine auf wirtschaftliche Modernisierung und breite Teilhabe gerichtete »proeuropäische« Politik: Wie alle Oligarchen betrachtet Achmetow Politik als »Business« und ordnet die Interessen von Staat und Gesellschaft den eigenen Wirtschaftsinteressen unter.

Konstruktive Neutralität oder Anti-NATO-Kampf? Die Partei der Regionen und die NATO

Deutliche Unterschiede zwischen Präsident Janukowitsch und der Partei der Regionen einerseits und der Vorgängerregierung unter Timoschenko anderer-

seits existieren in der Sicherheitspolitik. Zwar hat Julia Timoschenko das Ziel eines Beitritts zur NATO, der sogar in ihrer zentralukrainischen Stammwählerschaft kaum mehrheitsfähig ist, im Unterschied zu dem mit ihr mittlerweile verfeindeten bisherigen Präsidenten Juschtschenko zurückgestellt und verkündet, dass die Bevölkerung selbst über diese Frage in einem Referendum entscheiden soll; den »europäisch-westlichen Vektor« ihrer Außenpolitik hat sie jedoch nur modifiziert: Die Ukraine soll demnach ihre Sicherheitspolitik auf der Basis der Teilnahme der Ukraine an den Strukturen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) entwickeln. Zudem hat sie sich jeglicher Anti-NATO-Propaganda enthalten. Sicher hat sie sich während der Georgien-Krise mit Kommentaren zurückgehalten und in anderen politischen Fragen sogar die Annäherung an Russland gesucht; sie hat jedoch im Kontrast zu Janukowitsch Abchasien und Südossetien nicht anerkannt und folgt hier de facto eher der EU-Linie, während Janukowitsch seine damaligen Aussagen zu Abchasien und Südossetien auch bei seinem Besuch in Brüssel nicht explizit korrigiert hat. Janukowitsch und seine Partei sind scharfe Gegner eines NATO-Beitritts und verweisen wie ihre Rivalin auf ein Referendum. Im Unterschied zu Timoschenko betreibt die PR jedoch in den östlichen und südlichen Landesteilen sowie auf der Krim einen bisweilen aggressiven Anti-NATO-Kampf. Gemeinsam mit radikalen prorussischen und separatistisch orientierten Gruppen blockierte die PR auf der Krim das Manöver Sea Breeze, das seit 1997 ununterbrochen mit der Ukraine durchgeführt wurde und auch in den weiteren Rahmen des NATO-Programms »Partnerschaft für den Frieden« gehört. Damit hat die PR mutwillig die allgemeine und sogar unter Präsident Kutschma nie unterbrochene Kooperation mit der NATO aufs Spiel gesetzt, indem sie die Fragen des Beitritts mit den regulären Beziehungen vermischt und eine Dämonisierung der wichtigsten sicherheitspolitischen Organisation in Europa betrieben hat. Auch nach der Präsidentenwahl wurde diese wenig seriöse, multivektorale Sicherheitspolitik stellenweise fortgesetzt: So hat es Janukowitsch abgelehnt, bei seinem Besuch in Brüssel NATO-Generalsekretär Rasmussen zu treffen, um Moskau ein positives Zeichen zu senden.

In der Frage der Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte über das vertraglich vereinbarte Jahr 2017 hinaus bestehen ebenfalls deutliche Unterschiede zur Politik der ehemaligen orangefarbenen Führung: Janukowitsch und führende Vertreter der PR der Russischen Föderation haben unmittelbar nach der

Wahl in Aussicht gestellt, den Hafen Sewastopol auf der Krim über das Jahr 2017 hinaus als Basis der russischen Schwarzmeerflotte zu nutzen. Damit werden der außenpolitische Spielraum voreilig eingeschränkt und sicherheitspolitische Interessen der Ukraine in Frage gestellt: Die von der Russischen Föderation kontrollierten Strukturen der Schwarzmeerflotte dienen Russland häufig als Instrument, die sensible Situation auf der Krim mit ihrer in weiten Teilen sowjetrussisch geprägten Mehrheitsbevölkerung zu beeinflussen oder im Verbund mit den von Moskau protegierten radikalen chauvinistisch-prorussischen Gruppen zu verschärfen und so in außenpolitischen Fragen Druck auf die Ukraine auszuüben.

Jetzt erst recht: Die Europäische Union muss den neuen Präsidenten beim Wort nehmen und die proeuropäischen Kräfte stärken

Unabhängig von dem Ausgang der fair verlaufenen Wahlen steht außer Frage, dass die politischen Eliten und die Bevölkerung (vor allem die junge Generation, Studenten und die allmählich heranwachsende Mittelschicht) mehrheitlich eine positive Haltung zur EU einnehmen, die für Demokratie und Wohlstand steht und daher positiv besetzt ist. In Schlüsselbereichen (Energiepolitik, Freihandelszone, Visafreiheit für die Ukrainer) sollte die Integration der Ukraine so weit wie möglich vorangetrieben werden. Rhetorisch und praktisch sollte alles vermieden werden, was die proeuropäischen Kräfte schwächen könnte. »Östliche Partnerschaft« oder die angestrebte Assoziierung dürfen daher nicht als Alter-

native zu einem Beitritt angeboten werden, da dies den Reformwillen in der Ukraine schwächen könnte. In Bezug auf den neuen Präsidenten sollte die EU die Ernsthaftigkeit der in Brüssel verkündeten proeuropäischen Prioritäten anhand der Umsetzung konkreter Schlüsselprojekte prüfen. Ein Ansatzpunkt könnte der jüngste Vorschlag Janukowitschs sein, das Betreiben der transukrainischen Gaspipelines einem dreiseitigen ukrainisch-europäisch-russischen Konsortium zu gleichen Anteilen zu überantworten. Dann könnte Janukowitsch zeigen, ob er nur an billigen Gaspreisen für die ostukrainische Industrie interessiert ist, die er Russland gegen einen möglicherweise hohen außen- oder sicherheitspolitischen Preis abhandelt; oder ob die Führung des wichtigen Transitlandes Ukraine tatsächlich ein effizientes und transparentes Energiesystem anstrebt, was im Interesse sowohl der europäischen, ukrainischen wie auch russischen Partner wäre.

Im schlechtesten Fall könnte der Wahlsieger aber auch zum Gefangenen seiner ambivalenten Wahlkampf-taktik und bisher betriebenen Politik werden. Schon heute wird er von Vertretern prorussischer Gruppen daran erinnert, dass er die hohen Wahlerfolge im Osten und auf der Krim vor allem dank seiner prorussischen Versprechen in der Kulturpolitik (Russisch als zweite Staatssprache) und Außenpolitik errungen habe. Müsste Janukowitsch auf deren Werben eingehen, wäre eine Rückkehr zu einer verschwommenen multivektoralen Außenpolitik der späten Kutschma-Ära denkbar, die zwar für eine gewisse Zeit die Macht sichern würde, inhaltlich aber Stagnation bedeuten würde.

Über den Autor:

Wilfried Jilge ist Osteuropahistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig.

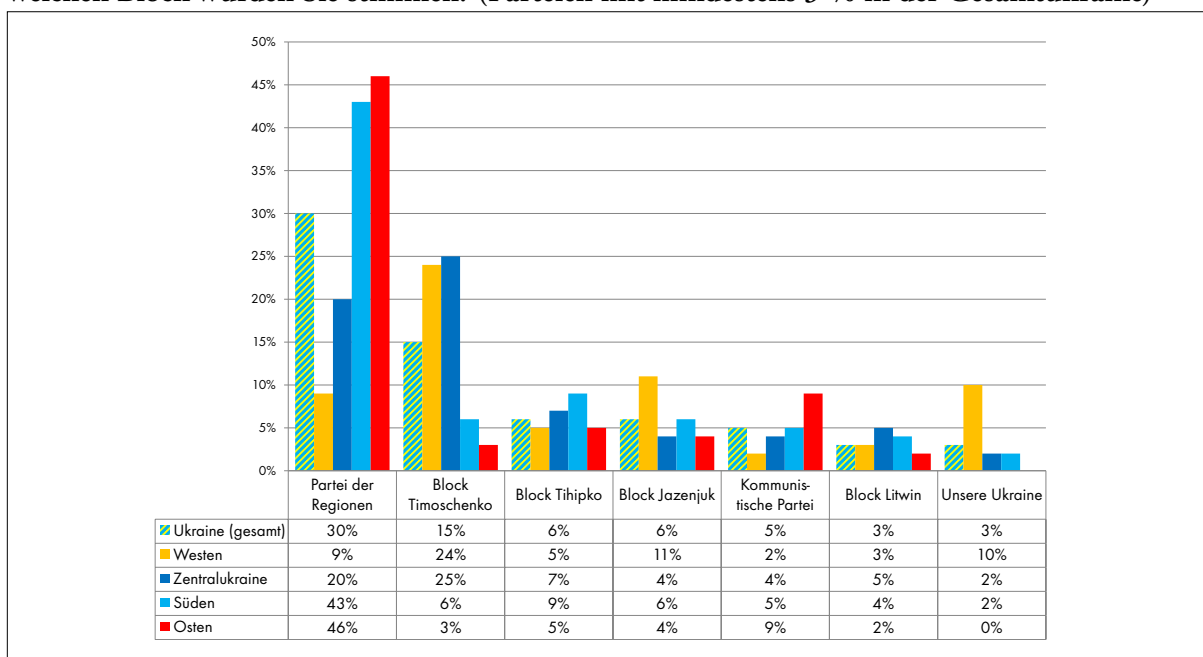
Lesetipp

Wilfried Jilge: Fragmente der Einheit. Ostslawisches Gemeinschaftsdenken in der Ukraine, in: Osteuropa, Jg. 59, Heft 12, 2009, Themenheft: Gemeinsam Einsam – Die Slawische Idee nach dem Panlawismus, S. 281–292.

Umfragen zu aktuellen politischen Themen

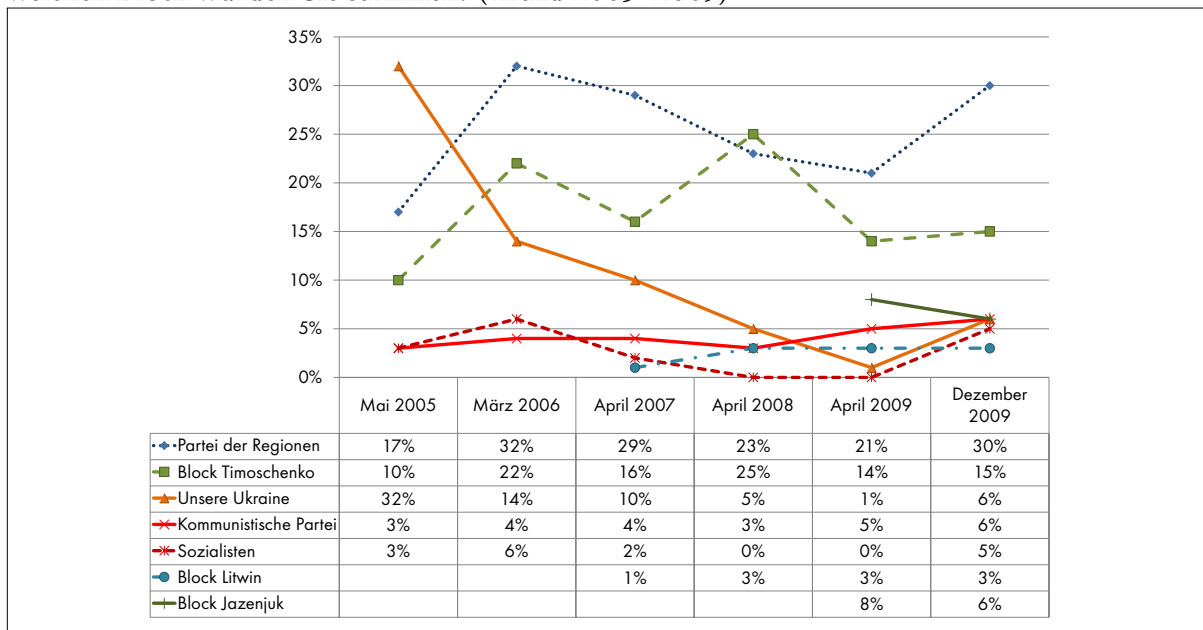
Sonntagsfrage zum Parlament

Grafik 1: Wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären, für welche Partei oder welchen Block würden Sie stimmen? (Parteien mit mindestens 3 % in der Gesamtukraine)



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraine vom 17.–22.12.2009,
http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du091229#Abs6

Grafik 2: Wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären, für welche Partei oder welchen Block würden Sie stimmen? (Trend 2005–2009)

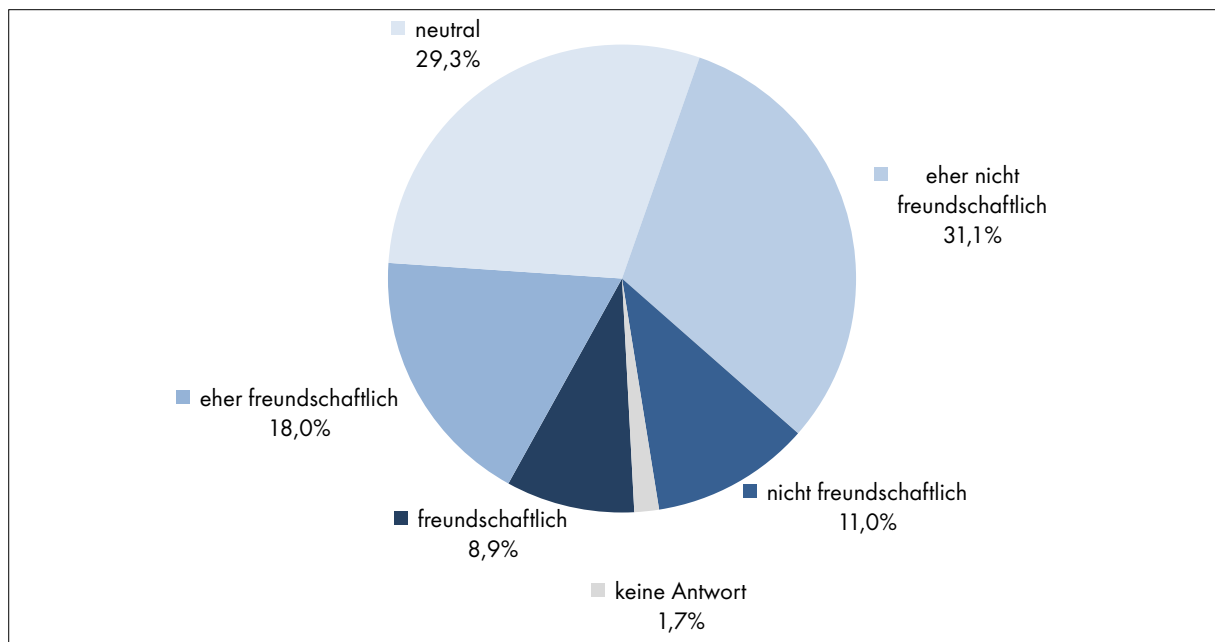


Anmerkung: Zahlen für März 2006 entsprechen dem Wahlergebnis.

Quelle: repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

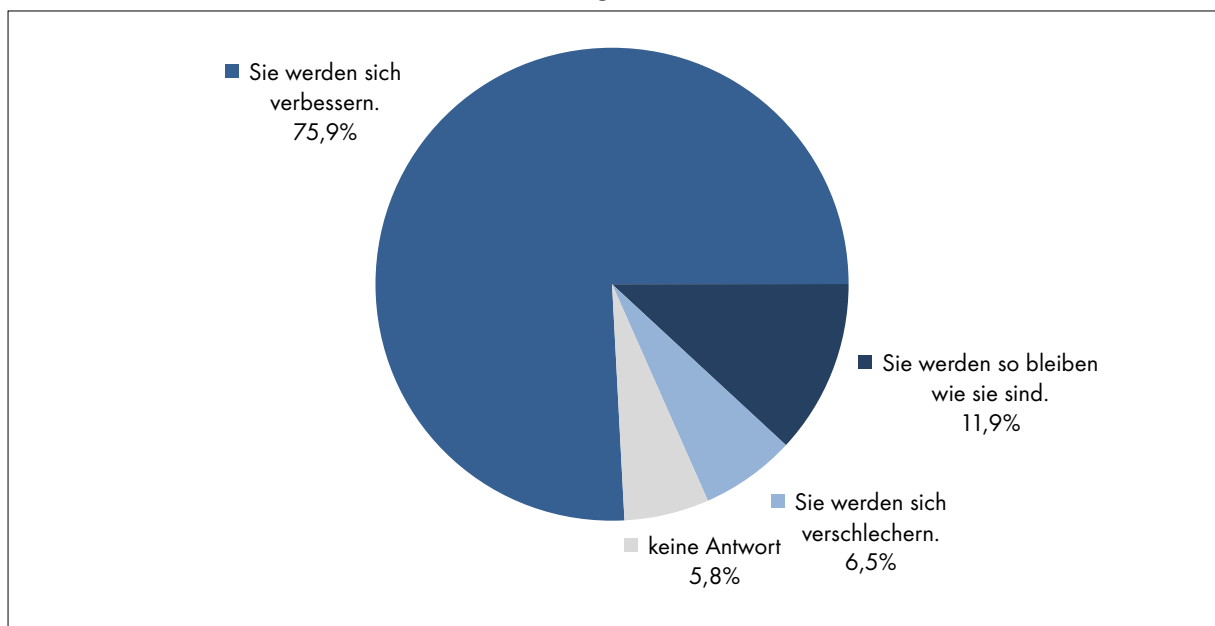
Verhältnis zu Russland

Grafik 3: Wie würden Sie das heutige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine einschätzen?



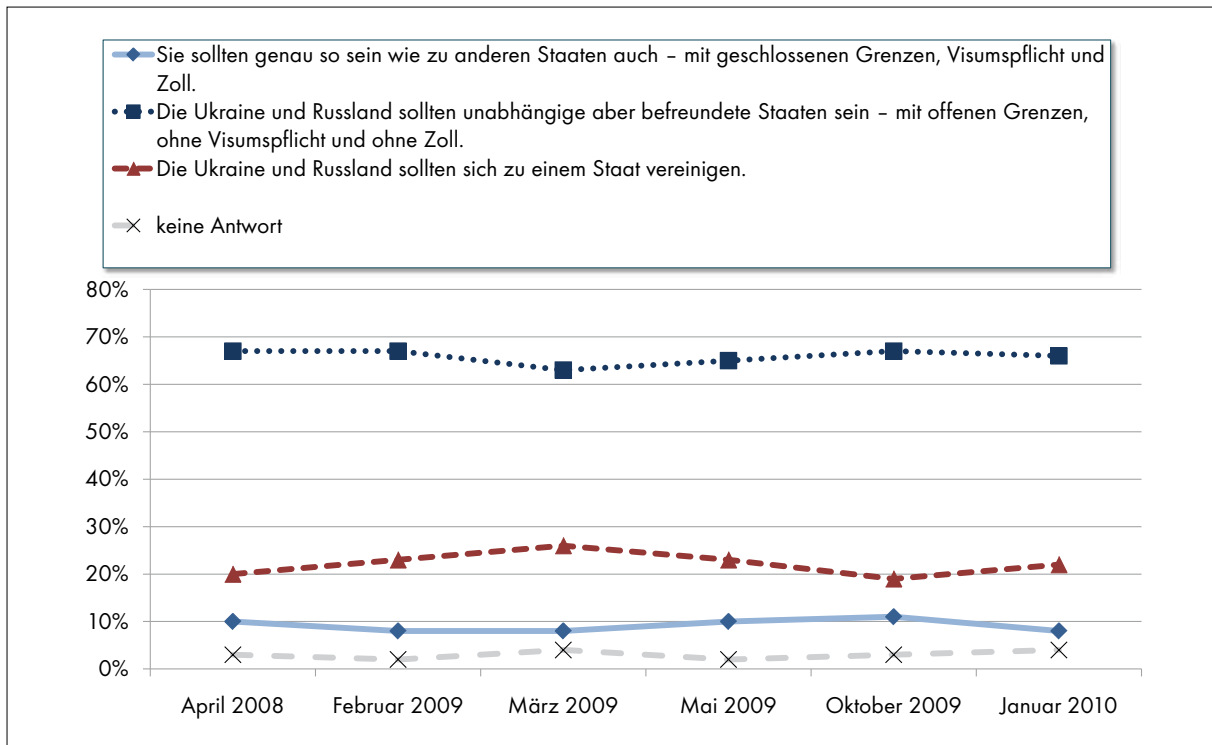
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 20.–22.2.2010,
http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.02/k_25_02.html

Grafik 4: Wie sehen Sie insgesamt die Zukunft für die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland in nächster Zeit? (im Zusammenhang mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten)

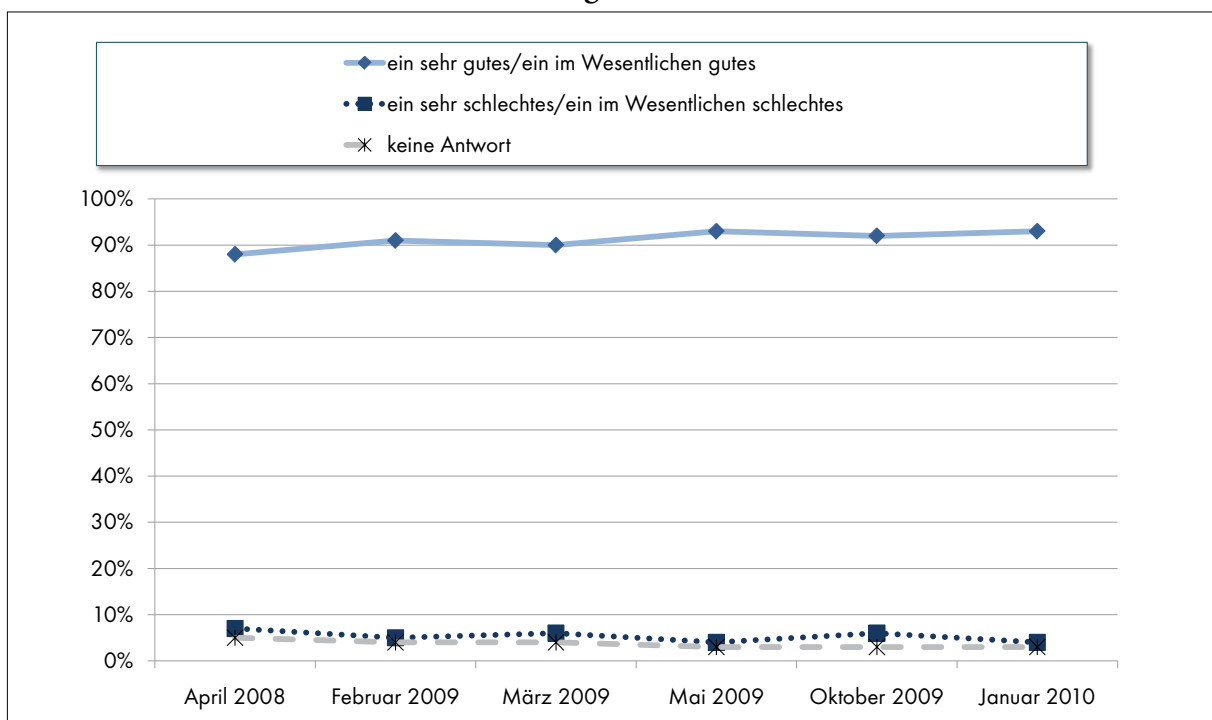


Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 20.–22.2.2010,
http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.02/k_25_02.html

Grafik 5: Wie sollten Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland aussehen?



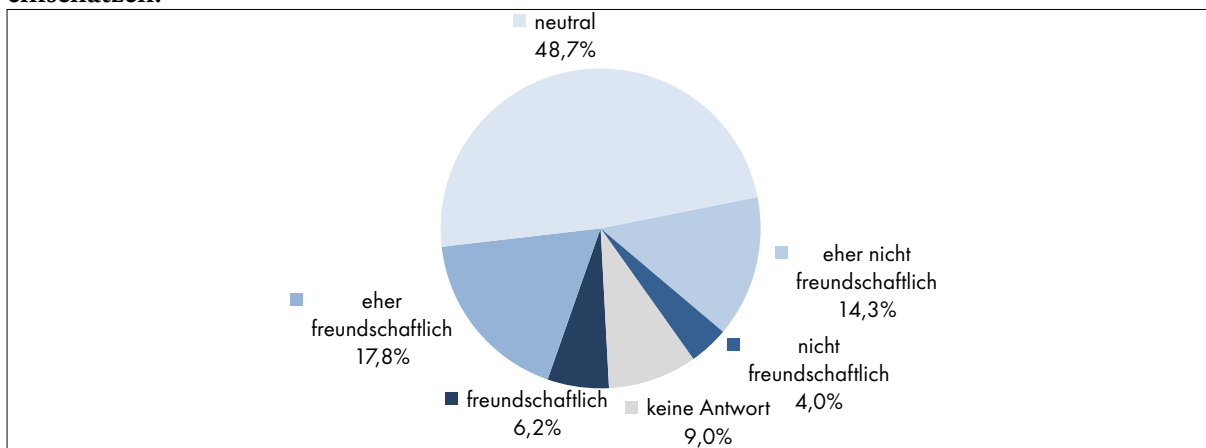
Grafik 6: Was für ein Verhältnis haben Sie allgemein zu Russland?



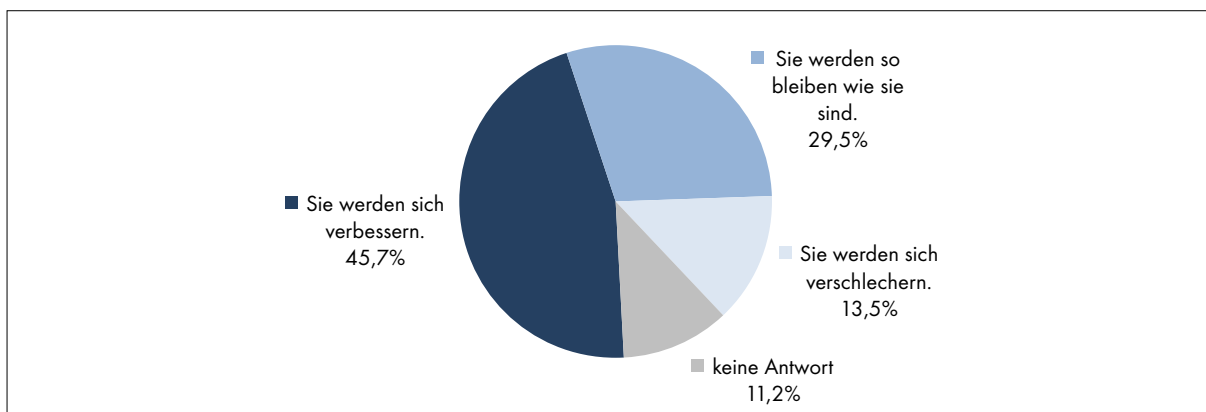
Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 4.–13.1.2010, <http://www.kiis.com.ua/index.php?id=2&sp=1&lng=rus>

Verhältnis zur EU

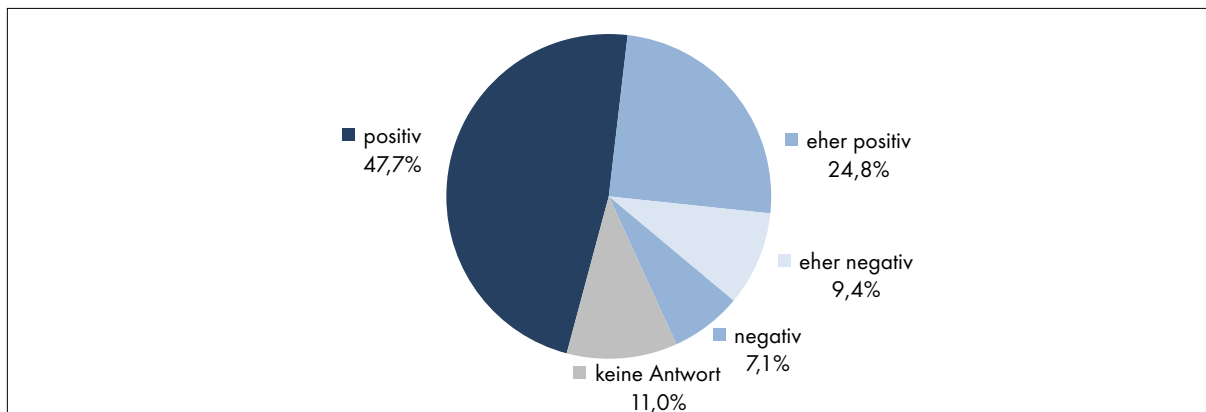
Grafik 7: Wie würden Sie das heutige Verhältnis zwischen der EU und der Ukraine einschätzen?



Grafik 8: Wie sehen Sie insgesamt die Zukunft für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU in nächster Zeit? (im Zusammenhang mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten)



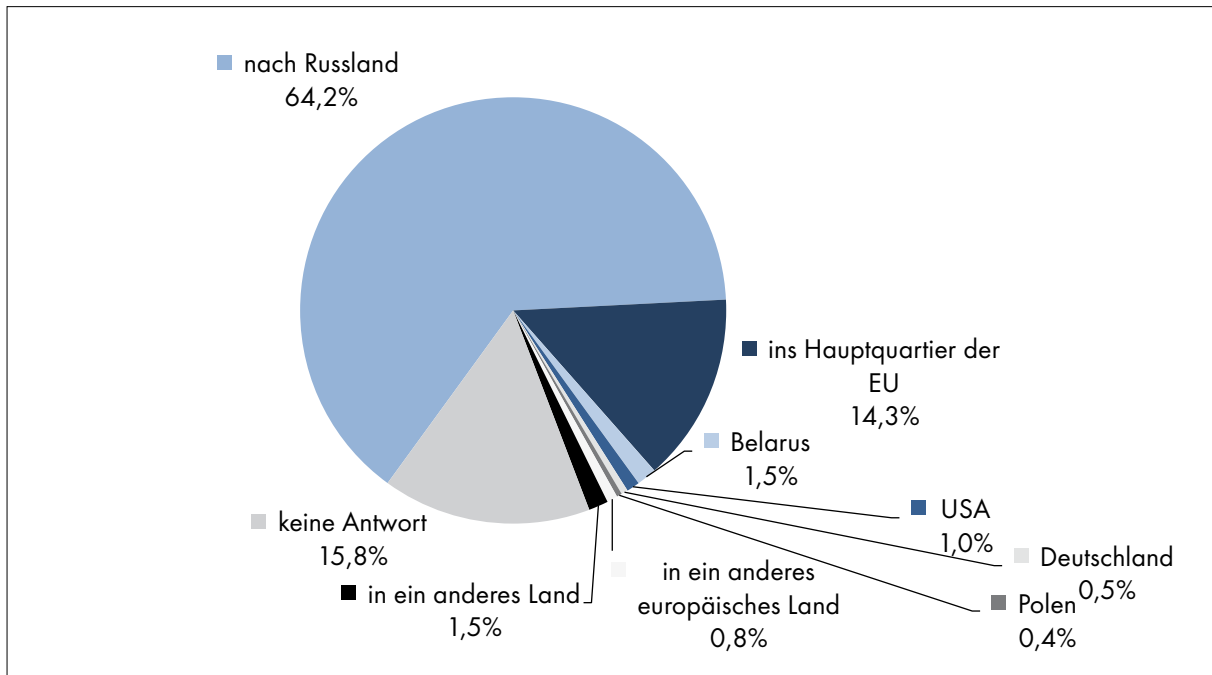
Grafik 9: Wie würden Sie persönlich den Erhalt des Status eines assoziierten Mitgliedes für die Ukraine bewerten?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 20.–22.2.2010,
http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.02/k_25_02.html

Die erste Auslandsreise von Präsident Viktor Janukowitsch

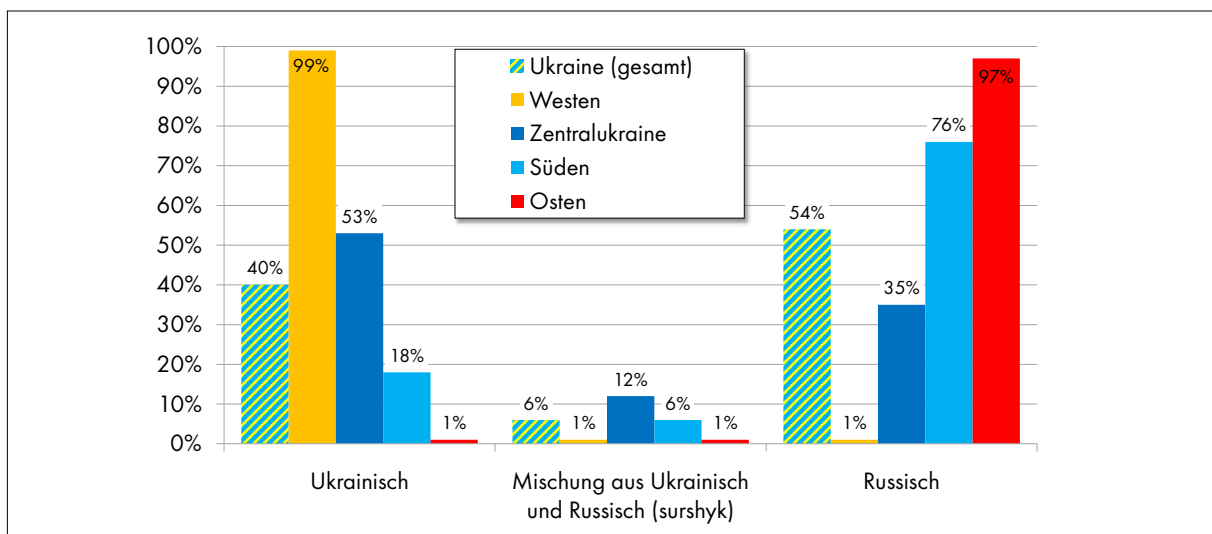
Grafik 10: Was denken Sie, wohin sollte die erste Auslandsreise des neu gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch gehen?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 20.–22.2.2010,
http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.02/k_25_02.html

Sprachenfrage

Grafik 11: Welche Sprache benutzen Sie im Alltag?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM Ukraine vom 17.–22.12.2009,
http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du091229#Abs6

Dokumentation

Die Ukraine nach der Präsidentenwahl

Entwurf eines Koalitionsvertrages

Der *Ukrainskaja Prawda* veröffentlicht am 24.2.2010 in Auszügen den Entwurf eines Koalitionsvertrages, der von der Partei der Regionen ausgearbeitet wurde und bei den Koalitionsverhandlungen mit der Fraktion Unsere Ukraine und anderen Parteien als Grundlage dienen soll. Abgeordnete der Partei der Regionen haben das Dokument an alle Fraktionen außer den Block Timoschenko verteilt.

Abkommen über die Bildung der Koalition »Stabilität und Reformen«

Wir, die Vertreter der Fraktionen ... , die durch das gemeinsame Ziel miteinander verbunden sind, die Folgen der Krise entschieden zu bekämpfen, die soziale und wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen, radikale Reformen durchzuführen, die notwendigen Voraussetzungen zur systematischen Erneuerung der gesellschaftlichen Beziehungen zu schaffen, die Effizienz der Regierung zu verbessern, eine progressive Entwicklung der Ukraine und ein würdiges Leben für ihre Bürger zu sichern, haben beschlossen, im Parlament der 6. Legislaturperiode die Koalition »Stabilität und Reformen« zu bilden.

Programmatische Prinzipien der Koalitionsarbeit

I. Im Bereich der Wirtschaft

- 1.1 Eine groß angelegte Modernisierung der nationalen Produktion, Einführung von energiesparenden Maßnahmen, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Hersteller auf der Grundlage einer breiten Nutzung von Investitionen und eines innovativen Entwicklungsmodells mit dem Ziel, die Ukraine zu einem der 20 wirtschaftlich am besten entwickelten Ländern der Welt zu machen.
- 1.2 Eine deutliche Verbesserung des Investitionsklimas, unter anderem durch die Vereinfachung der Verwaltung und die Verringerung der Steuerbelastung, durch eine staatliche Garantie der Unantastbarkeit des Eigentums und die Stärkung der Institution Eigentum als Grundlage für das marktwirtschaftliche System der Wirtschaftsführung, Vereinfachung von Bewilligungsverfahren, Reduzierung des Drucks auf die Unternehmen durch die Aufsichtsbehörden. [...]
- 1.5 Reduzierung der Schattenwirtschaft und Legalisierung von Kapital mit nicht kriminellem Ursprung.
- 1.6 Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen durch den Zugang zu Krediten, Senkung der Steuerlast, einschließlich einer beträchtlichen Verringerung der Steuerzahlungen für Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen. [...]
- 1.21 Gewährleistung einer transparenten Privatisierung des staatlichen Eigentums durch Einführung des Auktionsprinzips für die Anwerbung privater Investoren. [...]
- 1.26 Gewährleistung der störungsfreien Gasversorgung und der termingerechten Begleichung der Gasrechnungen. Entwicklung und Einführung von Programmen zur finanziellen Rettung und Umstrukturierung der Aktiengesellschaft Naftohas Ukrainy. [...]

III. Im Bereich der Gesellschaftspolitik

- 3.1 Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der Rechte und Freiheiten der Bürger, insbesondere durch die Errichtung einer vollwertigen Zivilgesellschaft, in der der Mensch sich vielseitig entwickelt und verwirklicht; Förderung der unabhängigen Arbeit von Bürgervereinigungen, Erhöhung ihres Einflusses auf wichtige gesellschaftliche Entscheidungen; Gewährleistung der Redefreiheit und der Unabhängigkeit der Massenmedien, Einführung der Gleichstellung der Geschlechter.
- 3.2 Die Umsetzung der staatlichen Sprachenpolitik auf der Grundlage der Normen des Internationalen Rechts, der Europäischen Charta der regionalen Sprachen und der Sprachen der nationalen Minderheiten. [...]

IV. Im Bereich der Innenpolitik

- 4.1 Verbesserung der Mechanismen der staatlichen Macht, Stärkung der Prinzipien des Parlamentarismus und der Demokratie. [...]
- 4.6 Stärkung der lokalen Selbstverwaltung als Grundlage der Demokratie durch die Ausweitung der Kompetenzen der lokalen Räte, durch größtmögliche Beseitigung der Bürokratie bei Fragen der Entwicklung der Kommunen, Dezentralisierung der Macht und Reformierung der Haushaltsbeziehungen zum Nutzen der lokalen Selbstverwaltung.

V. Im Bereich der Außenpolitik

[...]

- 5.2. Verankerung des neutralen Status der Ukraine auf gesetzgeberischer Ebene, was die Nichtteilnahme der Ukraine an militärisch-politischen Vereinigungen anderer Staaten bedeutet. Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit mit der NATO in allen Fragen, die von gemeinsamem Interesse sind.
- 5.3 Festlegung der Tagesordnung der bilateralen Beziehungen zu Russland auf der Grundlage strategischer Partnerschaft, Freundschaft und guter Nachbarschaft und eines für beide Seiten vorteilhaften Handels sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- 5.4 Wirtschaftliche Integration im postsowjetischen Raum auf der Grundlage der nationalen Interessen der Ukraine und den Grundsätzen der WTO, Entwicklung einer beidseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit den GUS-Ländern. [...]

Übersetzerin: Ilona Stoyenko

Quelle: <http://www.ukraine-nachrichten.de/artikel/entwurf-des-koalitionsabkommen-der-partei-der-regionen-fuer-die-anderen-parteien>

Antrittsrede von Präsident Viktor Janukowitsch am 25.2.2010

Verehrte Abgeordnete! Verehrte Landsleute!

Ich habe gerade den Eid des Präsidenten der Ukraine abgelegt. [...]

Die Wahlen sind abgeschlossen. Die ganze Welt hat ihren demokratischen Charakter anerkannt. Das ukrainische Volk hat sein Wort gesprochen und die internationale Gemeinschaft hat bestätigt, dass die Ukraine ein freier Staat ist, in dem die Rechte und Freiheiten der Bürger höchste Werte darstellen und in dem die Wahl des Volkes nicht durch jemandes bösen Willen in Zweifel gezogen werden kann.

[...]

Das Land befindet sich in einer äußerst schwierigen Situation – der fehlende Haushalt für dieses Jahr, riesige Schulden in Form von Auslandsanleihen, Armut, eine zerrüttete Wirtschaft, Korruption – und das ist längst nicht die ganze Liste der Nöte, aus denen sich die ukrainische Realität zusammensetzt.

Ungeachtet dessen meine ich, dass man den Staat nicht nur vor dem sozioökonomischen Kollaps retten, sondern ihn schnell auf den Weg einer beschleunigten Entwicklung bringen kann. Wenn diese Überzeugung und dieser Glaube an die eigenen Kräfte, die Kräfte des eigenen Teams und die Kraft des ukrainischen Volkes nicht wären, hätte ich niemals als Präsident kandidiert.

Ich weiß, was und wie man es machen muss.

In erster Linie muss das System der effektiven staatlichen Verwaltung wiederhergestellt werden. Wir müssen schnell eine handlungsfähige Exekutive schaffen, die sich unverzüglich den am stärksten betroffenen Wirtschaftsbranchen und dem Sozialbereich widmet. Die vorrangige Aufgabe auf diesem Weg ist die Reform des Regierungssystems und vor allem der Regierung [...].

Ich unterstreiche: In einer besonderen Rolle bei der Reform des Systems der staatlichen Verwaltung sehe ich das Parlament. Das ist der Ort für Diskussionen. Das ist der Ort für eine starke Opposition, die das Handeln der Regierung und des Präsidenten kontrollieren soll. Doch in erster Linie ist das der Ort für eine starke und stabile Parlamentsmehrheit. [...]

Die gegenseitige Nichtanerkennung infolge der Niederlage der einen und des Sieges der anderen ist nicht nur destruktiv in Hinblick auf die Interessen des Staates, sondern auch zutiefst unmoralisch. Denn wie es in der Heiligen Schrift heißt: »Söhne dich schnell mit deinem Gegner aus, solange du noch mit ihm auf einem Weg bist ...«. Das Leben hat diese einfache und offensichtliche Wahrheit bestätigt: Die Menschen lieben es nicht, wenn man ihnen die Fäuste zeigt. Sie werden eher demjenigen vertrauen, der ihnen zum Zeichen des Friedens die Hand reicht. Daher wende ich mich an alle Abgeordneten des Parlaments mit dem Aufruf zur Zusammenarbeit im Namen der Ukraine. [...]

Als Präsident habe ich eine klare Vorstellung davon, welche außenpolitische Strategie heute am besten den nationalen Interessen der Ukraine entspricht. Als zukünftige Brücke zwischen Ost und West, als integraler Teil Europas und gleichzeitig der ehemaligen UdSSR wählt die Ukraine eine Außenpolitik, die es unserem Staat erlaubt, maximale Ergebnisse bei der Entwicklung gleichberechtigter und für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen mit der Russischen Föderation, der Europäischen Union, den USA und anderen Staaten, die die weltpolitische Situation beeinflussen, aufzubauen. [...]

Als Oberhaupt des ukrainischen Staates möchte ich dem Volk der Ukraine sagen, dass all meine Versprechen, die ich ihm gegeben habe, erfüllt werden. Wir zahlen die ausstehenden Löhne und Renten, was die amtierende Regierung nicht getan hat. In Anbetracht der katastrophalen Situation bei den Staatsfinanzen, werden wir dies durch Kürzungen bei den Ausgaben für das bürokratische System erreichen und beginnen bei uns selbst. Einer meiner ersten Erlasse im Amt des Präsidenten der Ukraine wird der Erlass zur Reduzierung der Ausgaben des Sekretariats des Präsidenten und anderer Strukturen sein, die dessen Tätigkeit sicherstellen. [...]

Und dass uns der Herr bei diesem gerechten Streben helfe!

Übersetzung: Andreas Stein

Quelle: <http://www.ukraine-nachrichten.de/artikel/antrittsrede-von-wiktor-janukowitsch>

Erklärung José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, zum Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, 1.3.2010

Good morning. Let me start by welcoming and warmly congratulating President Viktor Yanukovich. It is indeed a pleasure to receive him here in the Berlaymont and I am delighted that his first foreign trip after his inauguration last Thursday is to Brussels.

Here, Mr. President, you are among friends of Ukraine, committed to supporting the stability and prosperity of your country and engaging fully with Ukraine and the Ukrainian authorities. [...]

We believe Ukraine should get back on track with the IMF. This is the first step to improve the investment climate. This should be accompanied by an agreement on a 2010 state budget which ensures capital investment

We also believe we need urgent progress on modernisation, re-structuring of the gas sector in Ukraine.

Once Ukraine will be back on track with the IMF, the European Union should be able to unlock more than half a billion Euro in macro-financial assistance.

If the reforms are undertaken in the gas sector I believe the International Financing Institutions will be able to provide financial assistance to Ukraine. And if Ukraine adopts a gas law in accordance with the European acquis, it can accede to the Energy Community Treaty, and we believe this will unlock significant foreign direct investment in Ukraine. We are ready to work with the Ukrainian authorities on this.

Our most far-reaching offer to Ukraine is a new Association Agreement currently under negotiation. It will lead to a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) offering Ukraine access to a market of 500 million consumers and providing the perspective in a very short period of doubling Ukrainian exports to the European Union. We believe a more dynamic and competitive Ukrainian economy is in our mutual interest and today we have discussed with President Yanukovich the possibilities of concluding this Agreement as soon as possible. We have discussed about an indicative date of one year to conclude this Agreement.

We also spoke about visa-free travel and the need to establish a roadmap for this goal. Of course, it depends also on progress on both sides but we believe this is a very important aspiration of Ukrainian citizens and will give a clear signal of Ukraine as a member of the European family of nations. [...]

So this was, in fact, a very good meeting and I am looking forward to the possibility of expanding the relations with Ukraine, that are good, but if we establish this in a very pragmatic way, we believe this progress can bring stability, prosperity to Ukraine and this is, of course, the wish of the European Union. [...]

Quelle: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/50&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Sitzungsprotokoll der Parlamentssitzung vom 3.3.2010

Den Antrag »Zur Verantwortung der Regierung der Ukraine« stellte der Abgeordnete Mikola Asarow vor. Er unterstrich, dass die Jahre unter Ministerpräsidentin Julia Timoschenko (2008–2009) als »Jahre eines einzigartigen Scheiterns in allen Lebensbereichen« in die Geschichte der Ukraine eingehen werden. [...] Er betonte, dass der Staat zum ersten Mal in den letzten zehn Jahren keinen Haushalt hat [...]. »Die Finanzpolitik, die Timoschenko betreibt, unterliegt ausschließlich der politischen Konjunktur«, betonte der Redner. [...] Er hob hervor, dass die Ukraine unter dieser Regierung innerhalb von zwei Jahren ein Fünftel ihres Bruttoinlandsprodukts verloren habe, was man nur mit Krieg vergleichen könne. Ein Viertel der Produktionskapazitäten der Ukraine sei vernichtet. [...] Er beschuldigte die Regierung, bewusst Berichte gefälscht zu haben und betonte, dass in nächster Zeit eine Anhörung zu den finanzökonomischen Tätigkeiten dieser Regierung stattfinden müsse. [...]

Die Ministerpräsidentin nannte als wichtigstes Resultat ihrer Regentschaft, dass sie und ihre Mitstreiter in der Zeit der Krise »die Ukraine vor dem Finanzkollaps, vor der Vernichtung der Schlüsselbereiche, vor dem vollständigen Verfall des finanzökonomischen Sektors bewahrt und dabei die Sozialstandards beibehalten haben.« Als eine ihrer Errungenschaften nannte Julia Timoschenko die wesentliche Stärkung der Unabhängigkeit des Staates im Energiebereich. [...]

[Heute ist die Situation schwierig, weil] »Janukowitsch, der zusammen mit seiner Mannschaft an die Macht gekommen ist, schon mit den ersten Schritten, schon vom ersten Tag seiner Regierung an eine harte antiukrainische Politik betreibt. Und das entspricht nicht seinen Erklärungen, sondern seinem Handeln und den Fakten.«

Timoschenko erklärte, dass sie in die Opposition gehen wird und folgende Verbindlichkeiten übernimmt: »für uns sind heilig: die Unabhängigkeit unseres Staates, nationale Selbstidentität, für uns ist der Schutz unserer einheitlichen ukrainischen Staatssprache ausgesprochen wichtig [...].

Der Präsident des Rechnungshofes Valentin Simonenko [...] teilte mit, dass die Regierung das Gesetz »Über den Staatshaushalt der Ukraine für das Jahr 2009« in keinem einzigen Punkt erfüllt habe. Als Hauptgrund nannte er die »absolut inadäquate Beurteilung des Einflusses der weltweiten Finanzkrise auf die finanzökonomische Lage des Staates durch die Regierung.« [...]

Der Vorsitzende verlas den Antrag »Zur Verantwortung der Regierung der Ukraine«, worin dem Parlament die Annahme des Misstrauensantrags gegen die Regierung vorgeschlagen wird.

243 Abgeordnete befürworteten den Antrag.¹ [...]

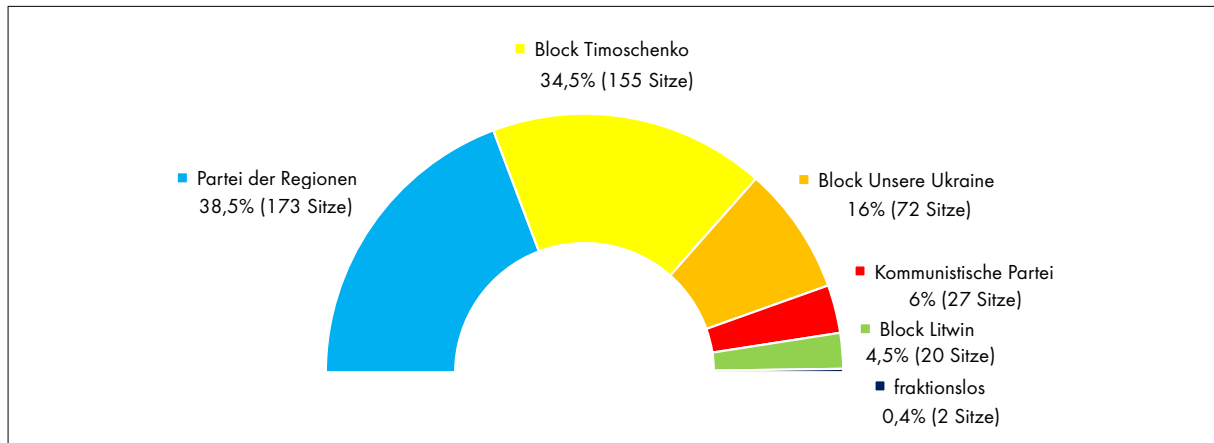
Übersetzung: Judith Janiszewski

Quelle: *offizielle Website des ukrainischen Parlaments*

http://portal.rada.gov.ua/rada/control/ru/publish/article/news_left?art_id=188829&cat_id=153103

1 Anmerkung: Für den Misstrauensantrag stimmten 172 Abgeordnete von der Partei der Regionen, 15 von Unsere Ukraine, 27 von der Kommunistischen Partei, 19 vom Block Litwin, 7 vom Block Timoschenko und 3 Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören.

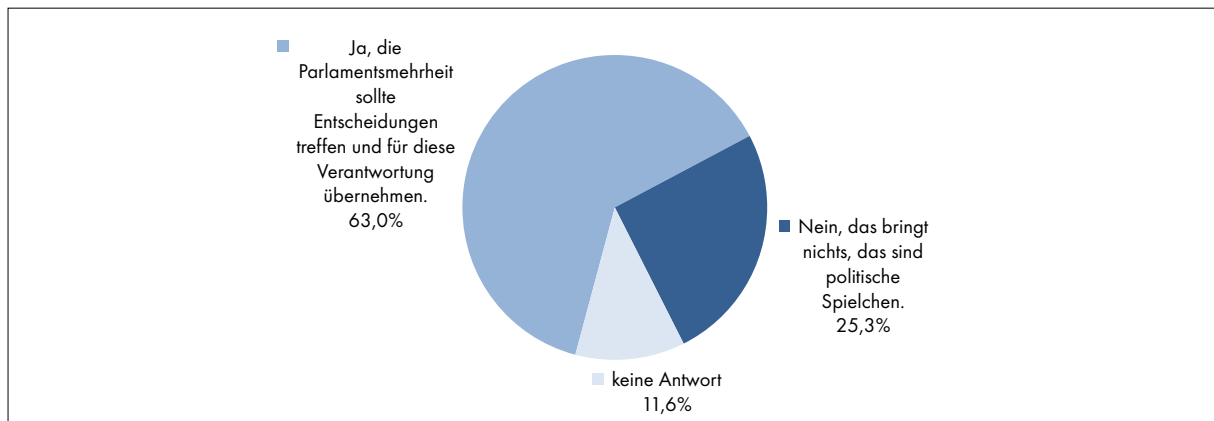
Sitzverteilung im Parlament vor der Regierungsbildung



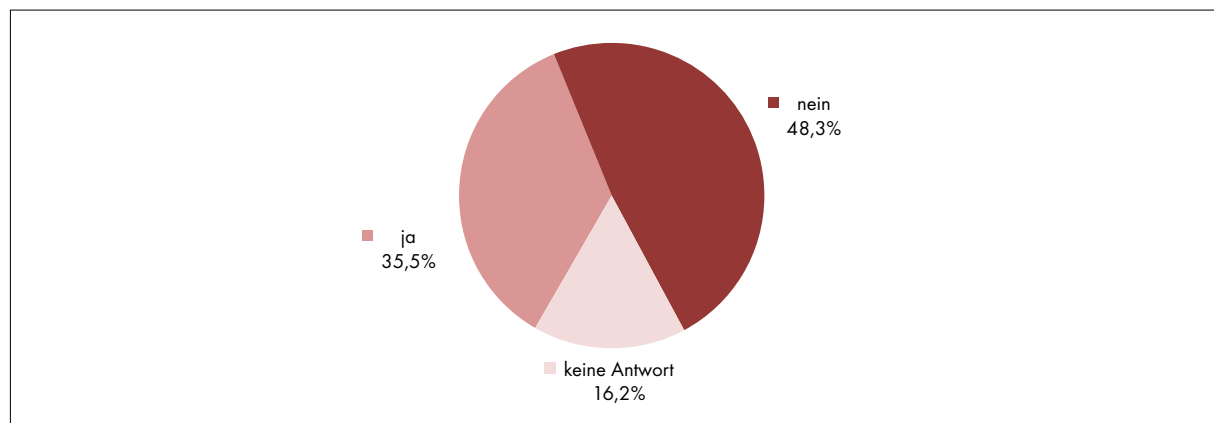
Quelle: Offizielle Seite des Ukrainischen Parlaments, http://gska2.rada.gov.ua/site/rus/fractions_ru.htm

Umfragen zur neuen Koalition

Was denken Sie, braucht die Ukraine eine Koalition?



Glauben Sie, dass eine neue Koalition effektiv arbeiten wird?



Quelle: Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 9.–10.3.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.03/k_12_03.html

Zusammensetzung der neuen Regierung

Mikola Asarow	Ministerpräsident
Andrij Kljujew	Erster Stellvertretender Ministerpräsident
Serhij Tihipko	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Wirtschaftsfragen
Boris Kolesnikow	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Fragen der EURO-2012
Wolodimir Seminoschenko	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Gesellschaftsfragen
Wolodimir Siwkowitsch	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Rechtsschutz
Viktor Slauta	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Fragen der Agrarpolitik
Viktor Tichonow	Erster Stellvertretender Ministerpräsident für Fragen der Regionalpolitik
Konstjantin Hrischtschenko	Außenminister
Michail Jeshel	Verteidigungsminister
Anatolij Mohiljow	Innenminister
Wasil Zuschko	Wirtschaftsminister
Fedir Jaroschenko	Finanzminister
Dmitro Kolesnikow	Industrieminister
Olexandr Lawrinowitsch	Justizminister
Wasil Nadraha	Minister für Arbeit und Sozialpolitik
Viktor Bojko	Minister für Umweltschutz
Mikola Prisjaschnjuk	Agrarminister
Jurij Bojko	Minister für Brennstoff- und Energiewirtschaft
Jurij Jaschtschenko	Minister für Kohleindustrie
Konstjantin Jefimenko	Verkehrsminister
Wolodimir Jazuba	Minister für Bau und regionale Entwicklung
Michajlo Kulinjaka	Minister für Kultur und Tourismus
Sinowij Mitnik	Gesundheitsminister
Olexandr Popow	Minister für Wohnungsbau
Rawil Safiullin	Jugend- und Sportminister
Dmitro Tabatschnik	Bildungsminister
Nestor Schufritsch	Minister für Katastrophenschutz
Anatolij Tolstouchow	Leiter der Regierungsverwaltung

Quelle: Offizielle Seite des Ukrainischen Parlaments, http://gska2.rada.gov.ua/pls/zweb_n/webproc4_2?id=&pf3516=6177&skl=7

Chronik

Das Ende der Regierung Timoschenko

17.1.2010	In der Ukraine finden Präsidentschaftswahlen statt, aus denen Viktor Janukowitsch von der Partei der Regionen (35,32 %) und Julia Timoschenko vom gleichnamigen Block (25,05 %) als Kandidaten für die Stichwahl am 7.2.2010 hervorgehen.
7.2.2010	Der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen findet statt. Viktor Janukowitsch von der Partei der Regionen erhält 48,95 % der Stimmen, Julia Timoschenko vom gleichnamigen Block 45,47 %.
10.2.2010	Der Gewinner der Präsidentschaftswahl Viktor Janukowitsch ruft Ministerpräsidentin Julia Timoschenko auf, ihr Amt aufzugeben und in die Opposition zu gehen.
16.2.2010	Wahlverliererin und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko reicht beim Verwaltungsgericht Klage gegen die Zentrale Wahlkommission ein und fordert, die Ergebnisse der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl für ungültig zu erklären. Tags darauf nimmt das Gericht die Klage an und setzt das amtliche Endergebnis zunächst außer Kraft. Daraufhin beantragt der Block Timoschenko im Parlament die Aufhebung des Inaugurationstermins für Viktor Janukowitsch.
19.2.2010	Die Partei der Regionen lässt im Parlament einen Misstrauensantrag gegen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko registrieren.
20.2.2010	Wahlverliererin und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko zieht ihr Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht zurück und betont, dass sie Viktor Janukowitsch weiterhin nicht als rechtmäßigen Wahlsieger anerkenne.
24.2.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin erklärt, dass die für heute vom Block Timoschenko beantragte außerordentliche Parlamentsitzung zur Abstimmung über das von der Partei der Regionen am 19.2. beantragte Misstrauensvotum nicht stattfinden könne, da es Verfahrensfehler gegeben habe.
2.3.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin erklärt die Regierungskoalition für beendet, da sie bis zum Ablauf der gesetzten 10-tägigen Frist keine Liste mit 226 Koalitionsmitglieder vorgelegt habe. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bezeichnet dieses Vorgehen als illegal. Laut Verfassung muss nun innerhalb von 30 Tagen eine neue Koalition gefunden werden, andernfalls hat Präsident Viktor Janukowitsch das Recht, das Parlament aufzulösen.
3.3.2010	Das Parlament stimmt mit 243 Stimmen für die Absetzung der Regierung Timoschenko. Auch 7 Abgeordnete aus dem Block Timoschenko stimmen dafür. Die Amtsgeschäfte von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wird zunächst ihr erster Stellvertreter Olexandr Turtschinow führen.
5.3.2010	Der Abgeordnete Mikola Katerintschuk von Unsere Ukraine legt beim Kiewer Kreisverwaltungsgericht Klage gegen die Erklärung der Beendigung der Regierungskoalition durch Parlamentspräsident Wolodimir Litwin am 2.3. ein. Sie sei verfassungswidrig gewesen und dürfe keine juristischen Folgen haben.
11.3.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin verkündet die Gründung der neuen Koalition »Stabilität und Reformen«, die aus der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei, dem Block Litwin und einigen anderen Abgeordneten besteht – insgesamt aus 235 Abgeordneten. Das Parlament befürwortet die Vorschläge des Präsidenten Viktor Janukowitsch und ernennt mit 242 Stimmen Mikola Asarow zum neuen Ministerpräsidenten, Konstantin Hrischtschenko, den bisherigen Botschafter der Ukraine in Russland, mit 239 Stimmen zum neuen Außenminister und Michail Jeshel mit gleicher Stimmzahl zum Verteidigungsminister. Walerij Choroschkowskij wird zum neuen Leiter des Geheimdienstes gewählt und löst damit Valentin Naliwajtschenko ab.

Chronik
Vom 24. Februar bis zum 16. März 2010

24.2.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin erklärt, dass die für heute vom Block Timoschenko beantragte außerordentliche Parlamentssitzung zur Abstimmung über das von der Partei der Regionen am 19.2. beantragte Misstrauensvotum nicht stattfinden könne, da es Verfahrensfehler gegeben habe.
25.2.2010	An der Inauguration Viktor Janukowitschs nehmen verschiedene Staatsoberhäupter teil, Russland entsendet den Parlamentsvorsitzenden Boris Gryslow, die USA den Präsidentenberater James Jones und die EU ihre Außenministerin Catherine Ashton sowie Parlamentspräsident Jerzy Buzek. Der Block Timoschenko bleibt den Feierlichkeiten fern. Am Morgen segnet der russisch-orthodoxe Patriarch Kirill Janukowitsch während eines Gottesdienstes.
25.2.2010	Präsident Viktor Janukowitsch ernennt Serhij Ljowotschkin, bisher stellvertretender Vorsitzender der Partei der Regionen, zum Leiter der Präsidialadministration und stellt ihm sechs Stellvertreter, ebenfalls Abgeordnete der Partei der Regionen, zur Seite. Am selben Tag gibt er dem Sekretariat des Präsidenten (hier als Präsidialverwaltung bezeichnet) wieder den Namen, den es vor der Umbenennung durch den damaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko im Jahr 2005 getragen hatte – Präsidialadministration.
26.2.2010	Präsident Viktor Janukowitsch gründet per Erlass ein Nationales Antikorruptionskomitee, dessen Vorsitzender er selbst ist. Exekutivsekretärin wird die Vorsitzende des Sicherheitsrates Raisa Bohatirjowa. 1993 hatte Präsident Leonid Krawtschuk ein ähnliches Organ ins Leben gerufen, das dann aber 2005 von Präsident Viktor Juschtschenko aufgelöst worden war.
1.3.2010	Viktor Janukowitsch trifft bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek zusammen. Allseits wird der Wille zur Annäherung bekundet.
1.3.2010	Der ehemalige Abgeordnete des Blocks Timoschenko Viktor Losinskij stellt sich in Kiew der Staatsanwaltschaft und wird zwei Tage später zu zwei Monaten Haft verurteilt. Am 16.6.2009 war es im Kreis Golowanewsk zu einem Zwischenfall mit Schusswaffeneinsatz gekommen, an dem Losinskij beteiligt war. Der ortsansässige Walerij Olijnik kam dabei ums Leben. Am 3.7.2009 entzog das Parlament Losinskij den Abgeordnetenstatus.
1.3.2010	Energieminister Jurij Prodan erklärt, die Ukraine stoppe ab sofort die Stromlieferungen an die Slowakei, an Ungarn und an Rumänien für mindestens einen Monat, weil das Wärmekraftwerk Burschtin derzeit nicht über genügend Kohle zur Stromerzeugung verfüge.
2.3.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin erklärt die Regierungskoalition für beendet, da diese bis zum Ablauf der gesetzten 10-tägigen Frist keine Liste mit 226 Koalitionsmitglieder vorgelegt habe. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko bezeichnet dieses Vorgehen als illegal. Laut Verfassung muss nun innerhalb von 30 Tagen eine neue Koalition gefunden werden, andernfalls hat Präsident Viktor Janukowitsch das Recht, das Parlament aufzulösen.
2.3.2010	Die Europäische Union beschließt in den Jahren 2011 bis 2013 im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik 470,1 Mio. Euro an die Ukraine zu zahlen.
3.3.2010	Das Parlament stimmt mit 243 Stimmen für die Absetzung der Regierung Timoschenko. Auch sieben Abgeordnete aus dem Block Timoschenko sprechen sich dafür aus. Die Amtsgeschäfte von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wird zunächst ihr erster Stellvertreter Olexandr Turtschinow führen.
3.3.2010	Präsident Viktor Janukowitsch übergibt den Fraktions- sowie den Parteivorsitz in der Partei der Regionen an Mikola Asarow. Tags darauf erklärt Olexandr Jefremow, dass er den Fraktionsvorsitz übernommen habe.
4.3.2010	Der Block Timoschenko reicht beim Verfassungsgericht Klage gegen die am 16.2. beschlossene Verschiebung der für den 30.5. geplanten Regional- und Lokalwahlen ein.
5.3.2010	Bei dem Antrittsbesuch Präsident Viktor Janukowitschs bei seinem Amtskollegen Dmitrij Medwedjew in Moskau sprechen sich die Gesprächspartner für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen aus. Auch mit dem russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin trifft Janukowitsch zusammen.
5.3.2010	Der Abgeordnete Mikola Katerintschuk von Unsere Ukraine reicht beim Kiewer Kreisverwaltungsgericht Klage gegen die Erklärung der Beendigung der Regierungskoalition durch Parlamentspräsident Wolodimir Litwin am 2.3. ein. Sie sei verfassungswidrig gewesen und dürfe keine juristischen Folgen haben.
9.3.2010	Das Parlament votiert in zweiter Lesung mit 235 Stimmen für eine Gesetzesänderung, nach der eine Parlamentskoalition nicht nur aus Fraktionen, sondern auch aus einzelnen Abgeordneten gebildet werden kann. Tags darauf unterschreibt Präsident Janukowitsch das Gesetz.
9.3.2010	Präsident Viktor Janukowitsch erklärt, dass das Ukrainische die einzige Staatssprache sein wird.

9.3.2010	Julia Timoschenko wird auf einer Zusammenkunft verschiedener Parteien zur Führungskraft einer vereinten demokratischen Opposition gewählt. Neben den Vertretern der Parteien des Blocks Timoschenko nehmen Vertreter der christlich-demokratischen Vereinigung, der Partei der Vaterlandsverteidiger, der Volksbewegung der Ukraine und der Selbstverteidigung des Volkes teil.
11.3.2010	Parlamentspräsident Wolodimir Litwin verkündet die Gründung der neuen Koalition »Stabilität und Reformen«, die aus der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei, dem Block Litwin und weiteren Abgeordneten besteht – insgesamt aus 235 Abgeordneten. Das Parlament befürwortet die Vorschläge des Präsidenten Viktor Janukowitsch und ernennt mit 242 Stimmen Mikola Asarow zum neuen Ministerpräsidenten, Konstantin Hrischtschenko, den bisherigen Botschafter der Ukraine in Russland, mit 239 Stimmen zum neuen Außenminister und Michail Jeshel mit gleicher Stimmzahl zum Verteidigungsminister. Die gesamte vorgeschlagene Regierung wird bestätigt (siehe S. 19). Walerij Choroschkowskij wird zum neuen Leiter des Geheimdienstes gewählt und löst damit Valentin Naliwajtschenko ab.
11.3.2010	Die Partei der Regionen wählt Olexandr Jefremow zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden.
12.3.2010	Der fraktionslose Abgeordnete Ihor Rybakow verkündet die Gründung einer neuen Abgeordnetengruppe mit dem Namen Für Konkurrenzfähigkeit und Reformen.
12.3.2010	Präsident Viktor Janukowitsch entlässt den Leiter der Regionalverwaltung von Tscherkasi Olexandr Tscherewko. Die Stellvertretende Leiterin der Präsidentialadministration Anna Herman begründete den Schritt damit, dass Janukowitsch mit dem Zustand des Naturschutzgebietes in Kaniw nicht zufrieden sei.
15.3.2010	Das Regionalparlament von Iwano-Frankijwsk fordert von der Regierung, den neuen Bildungsminister Dmitro Tabatschnik wieder abzusetzen, weil er »antiukrainische Ideen« im Bildungsbereich umsetzen wolle. Auch das Parlament von Ternopil diskutiert diese Idee und in Lwiw sammeln Studentenorganisationen Unterschriften für die Absetzung. Im Landesparlament beantragt Wjatscheslaw Kirillenko von der Partei Für die Ukraine die Abberufung des neuen Ministers.
15.3.2010	Die Regierung ernennt Serhij Popkow zum Stellvertretenden Innenminister. Unter Popkows Leitung waren im November 2004 militärische Einheiten mobilisiert worden, um die Proteste auf dem Unabhängigkeitsplatz niederzuschlagen.
16.3.2010	Präsident Viktor Janukowitsch ernennt die Erste Stellvertretende Leiterin der Präsidentialadministration Irina Akimowa zur Vertreterin des Präsidenten bei der Regierung.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis

Investitionsführer Ukraine 2010. Steuern und Recht

Herausgegeben von bnt & Partner, 76 Seiten

Ende 2009 ist in der Ukraine eine Reihe von Gesetzen in Kraft getreten, die die Überwindung der negativen Folgen der Wirtschaftskrise sowie die Verbesserung des Investitionsklimas der Ukraine bezwecken.

Mit den Gesetzesänderungen wurde z. B. die Höhe des Mindeststammkapitals von 100 Mindestlöhnen auf einen Mindestlohn (geltend zum Zeitpunkt der Gründung der Gesellschaft) herabgesetzt. Seit dem Jahreswechsel ist somit die Gründung einer ukrainischen GmbH mit einem Stammkapital von lediglich UAH 869,- (ca. EUR 80,-) möglich.

Darüber hinaus sind im Jahr 2009 viele neue Bestimmungen in Bezug auf das Aufenthaltsrecht und das Bauerlaubnisverfahren in Kraft getreten. Ferner wurde die Registrierung des Grundstückserwerbs in der Ukraine vereinfacht.

Der Investitionsführer Ukraine 2010 gibt ausführliche Antworten zu den wichtigsten rechtlichen und steuerrechtlichen Fragen, die bei einem Firmenengagement in der Ukraine berücksichtigt werden sollten.

Der Investitionsführer Ukraine 2010 ist unter www.bnt.eu kostenlos beziehbar.

Abstract eines Artikels aus OSTEUROPA 1/2010

Winfried Schneider-Deters

EU – nicht NATO! Thesen zur Zukunft der Ukraine

Die Ukraine befindet sich in der Zwischenlage. EU und NATO öffnen ihr die Türen nicht. Den Moskauer Angeboten verschließt sich Kiew. Aber lange wird sich die Ukraine in dieser Position nicht mehr halten können. Es droht ein Rückfall in den Herrschaftsbereich Russlands. Doch eine NATO-Mitgliedschaft ist der falsche Weg, um dies zu verhindern. Sie schafft wegen des Moskauer Widerstands sogar mehr Unsicherheit. Die Lösung liegt auf der Hand: Die europäischen Staaten müssen der Ukraine die Tür zur EU öffnen und gleichzeitig mit Russland ein paneuropäisches Sicherheitsabkommen aushandeln.

Das Inhaltsverzeichnis dieser Ausgabe ist unter <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1266251100000> abrufbar. Das Heft hat 192 Seiten und ist für 10 € bei der Redaktion OSTEUROPA zu beziehen, osteuropa@dgo-online.org.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de